

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 30 / 45. Jahrg.

29. Juli 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM., aussch. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.—RM.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8—9.

Insertion Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagort: Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Pionierarbeit der Lithographeninternationale

Der XIII. in Stockholm tagende Kongreß des Internationalen Bundes der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe gehört nun auch der Vergangenheit an; vom 15. bis 18. Juli hat er getagt. Bis auf Polen und Österreich, die aus besonderen Gründen Delegationen nicht entsendet hatten, waren alle der Internationale angeschlossenen Länder vertreten. Die deutsche Kollegenschaft vertraten die Kollegen Herbst und Ronnger; letzterem war vom Exekutivkomitee die Protokollführung anvertraut.

Der Kongreß, dem eine umfangreiche Tagesordnung gestellt war, leistete seine Arbeit vorbildlich. Neben der guten Vorbereitung des Kongresses durch den internationalen Sekretär und das Exekutivkomitee haben auch die schwedischen Kollegen einen guten Anteil daran, die alles getan haben, den Delegierten diese Arbeitsleistung zu erleichtern. Dazu kam noch eine Gastfreundschaft, die zugleich sinnvoller Ausdruck kollegialer Gemeinschaft war. Der Dank, der den schwedischen Kollegen am Schluß des Kongresses von allen Delegierten ausgesprochen wurde war deshalb zugleich Anerkennung, die nochmals ausgesprochen sei.

Aber auch die Leitung des Kongresses, die auf Antrag der Belgier den Kollegen Haß (Deutschland) und Lindblom (Schweden) anvertraut wurde, lag in guten Händen. Wir haben schon auf die Schwierigkeiten eines internationalen Kongresses bei unserer Berichterstattung über die Aufgaben des Kongresses verwiesen. Diese Schwierigkeiten liegen nicht nur in den Sprachunterschieden, sondern auch in den Verschiedenartigkeiten der Versammlungssitten. In Frankreich sind sie anders als in Deutschland und wieder anders sind sie in England. Aber alle müssen sie auf einen Nenner gebracht werden, wenn überhaupt eine internationale Tagung Ersprießliches leisten soll. Die beiden Vorsitzenden verstanden mit Geschick diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Der Geschäftsbericht des Exekutivkomitees und des Sekretärs lag gedruckt vor. Wir haben unsere Ansicht zu diesem Bericht schon dahin zusammengefaßt, daß gute Arbeit geleistet worden ist. Das war auch das Urteil des Kongresses. Abgesehen von einigen Kleinigkeiten, deren Berechtigung auch noch stark bestritten wurde, ist nichts an dem Bericht bemängelt worden. Trotzdem gab es Debatten, die in der Verteilung der Ausgaben für die einzelnen Länder ihre Ursache hatten. Kein Land will bevorzugt sein! Und da die Wirtschaftskrise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit es nicht gestattet die Beiträge für die Internationale zu erhöhen, muß durch Einsparungen ein Ausgleich gesucht werden. Diesen Ausgleich zu finden, ist dem Exekutivkomitee überlassen worden, wie ihm auch noch manch anderes zu regeln

übertragen wurde. In diesen Beschlüssen lag schon großes Vertrauen in das Wirken des Exekutivkomitees und des Sekretärs, das später auch rückhaltslos ausgesprochen wurde.

Die wichtigsten Beratungspunkte des Kongresses waren das Minimalprogramm und der Widerstandsfonds. Wir haben über beide eingehend berichtet. Das vorgeschlagene Mindestprogramm setzte die Lohn- und Ar-

Wahlparole

am Sonntag, dem 31. Juli ist:

- Gegen Junkerherrschaft!**
- Gegen Kapitalknechtschaft!**
- Gegen Faschismus!**
- Gegen Diktatur!**

- Für Wohlfahrtsstaat!**
- Für Demokratie!**
- Für Freiheit!**
- Für Sozialismus!**

Gewählt wird darum nur:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

beitsbedingungen fest, die keinesfalls unterschritten werden dürften. Es war wirklich ein Mindestprogramm! Das gefiel nicht allen Ländern, weil sie durch den Beschluß unserer Berufsinternationale gern die in ihrem Lande geltenden Bestimmungen gesichert gesehen hätten. Aber was wäre dann aus der Durchführung des Beschlusses geworden? Man hat sich deshalb damit abgefunden, das Exekutivkomitee zu beauftragen, das Mindestprogramm zu erweitern, sobald die Wirtschaftslage es zuläßt.

Mit der Aufstellung des Mindestprogramms ist in unserer Berufsinternationale ein Beschluß gefaßt worden, dessen Tragweite noch gar nicht abzusehen ist. Seit ihrer Gründung hat sich unsere Internationale nur mit Verwaltungsmaßnahmen beschäftigt. Wohl haben auch die Lohn- und Arbeits-

bedingungen zur Aussprache gestanden und die Landesorganisationen haben sich bei wirtschaftlichen Kämpfen, durch Aufklärung, Sperren und finanzielle Hilfe gegenseitig unterstützt, aber Grundsatz war, daß nur die Kollegen der Landesorganisation darüber zu befinden hatten, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen sein sollten. Die Internationale schuf Übertrittsbestimmungen für Kollegen, die von einem Land zum andern Land reisten, gab Anweisungen über die Auszahlung von Reise- und Arbeitslosenunterstützung heraus und regelte ähnliche Verwaltungsmaßnahmen, um eine glatte Abwicklung der Geschäfte zu gewährleisten. Sie griff auch in Streitigkeiten mit befreundeten Organisationen ein (Abkommen über Offsetdruck und Tiefdruck) und suchte die technische Fortbildung der Kollegen zu fördern. In diesem Zusammenhang war der Beschluß des Austausches junger Kollegen zum Zwecke besserer beruflicher Ausbildung von nicht zu unterschätzender Bedeutung, weil mit diesem Austausch zugleich ein besseres Verstehen der Eigenarten der Kollegen der einzelnen Länder angebahnt werden sollte.

Mit dem beschlossenen Mindestprogramm beginnt die bewußte Einflußnahme unserer Berufsinternationale auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen aller Länder. Vorläufig gilt nur ein Mindestprogramm mit wenigen, aber wichtigen Positionen. Das kann auch gar nicht anders sein. Denn ehe aufgebaut werden kann, muß ein tragfähiger Untergrund geschaffen sein. Dieser Untergrund ist die allgemeine Durchführung der Mindestbestimmungen. Auf dieser Basis soll dann aufgebaut werden und das Exekutivkomitee hat Auftrag, bei zulässiger Wirtschaftslage das Mindestprogramm zu erweitern. Die Entwicklungsfolge dieses Beschlusses wird und kann nur sein der internationale Mindesttarifvertrag. Das heißt mit anderen Worten: Unsere Berufsinternationale beginnt mit dem Beschluß in Stockholm, dem Unternehmertum das gegenseitige Ausspielen der Kollegen zum Zwecke der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aus der Hand zu schlagen.

Der Beschluß eines internationalen Mindestprogramms wäre ein Stoß in die Luft, wenn nicht der Internationale die notwendige Kraftquelle zur Durchführung des Beschlusses zur Verfügung gestellt worden wäre. Diese Kraftquelle zur Durchführung des Mindestprogramms ist der geschaffene „Internationale Widerstandsfonds“. Freilich auch hier nur ein Anfang. Der Kongreß beschloß, erstmalig für das Jahr 1933 nach dem Mitgliederstand vom 31. Dezember 1932 pro Mitglied einen Jahresbeitrag von 50 Pf. oder 30 Cent holländischer Goldwährung nach dem Kurse des 17. Juli 1932 im Juli 1933 für den Widerstandsfonds zu erheben.

Das ist, wie gesagt, nicht viel und bringt vorläufig nicht viel; es ist ein Anfang! Aber es ist die Anerkennung eines Prinzips; es ist die Anerkennung des Prinzips der internationalen Einflußnahme auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Einsatz aller Mittel des wirtschaftlichen Kampfes. Ein solcher Beschluß besteht unseres Wissens in keiner der internationalen Gewerkschaftsvereinigungen. Unsere Berufsinternationale leistet deshalb mit ihrem Beschluß bewußter internationaler Einflußnahme auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Pionierarbeit erster Ordnung. Das war den Delegierten auch vollständig gegenwärtig, aus der die geübte Vorsicht entsprang, die wieder Beweis dafür ist, daß unsere Berufsinternationale ihre Aktionsfähigkeit voll und ganz wiedergewonnen hat.

Bei solcher Sachlage vollzog sich die Wahl des Sekretärs und des Exekutivkomitees glatt. Kollege Roelofs, Amsterdam wurde einstimmig zum Sekretär wiedergewählt und in das Exekutivkomitee tritt an Stelle des österreichischen Mitgliedes der Kollege Lindblom, Schweden, als Vertreter der nordischen Staaten ein, so daß im Exekutivkomitee die Länder Deutschland, England, Holland, Belgien und Schweden vertreten sind. Mit der Annahme der vom Exekutivkomitee gestellten Anträge, die wir bereits besprochen haben, fand der Kongreß seinen Abschluß.

Zusammenfassend kann der Kongreß nur als ein gelungener bezeichnet werden. Es war ein Arbeitskongreß! So wünschen wir uns einen internationalen Kongreß; so soll es auch zukünftig sein. Die gefaßten Beschlüsse sind von ganz hervorragender Bedeutung und führen in die Zukunft hinein. Auch das ist ganz nach dem Willen der deutschen Kollegenschaft. Und die gesamte Beschlusfassung erfolgte in Einmütigkeit und Geschlossenheit und zeugte von restloser Solidarität, die alle Kollegen beseelt. Der Verlauf dieses Kongresses war der Beweis dafür, daß unsere Berufsinternationale wieder auf voller Höhe steht und das ihr Ziel ist, fruchtbare Arbeit für die gesamte Kollegenschaft zu leisten. Und wir können guten Mutes gute Arbeit von unserer Internationale erwarten. Das hat der Verlauf des Kongresses bezeugt und sich damit zugleich das Urteil gesprochen. Es war ein guter Kongreß!

Du mußt wählen!

Einige Worte an die Nichtwähler

Die kommende Reichstagswahl ist gerade für die Arbeiterschaft von weittragender Bedeutung. Es geht nicht nur darum, wer von den einzelnen Parteien einige Mandate gewinnen oder verlieren soll, sondern die Wahl ist eine ernste Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Faschismus. Das Wahlergebnis soll eine klare Entscheidung bringen, ob das Prinzip der Demokratie erhalten bleiben kann oder ob auf legalem Wege der Faschismus die Macht erobert. Für den Arbeiter können keine Zweifel darüber bestehen, welches Prinzip aus dieser Wahlschlacht als Sieger hervorgehen muß. Die Lebensinteressen der Arbeiterschaft erfordern eine Niederlage des Faschismus, da die wesentliche Aufgabe des Faschismus darin besteht, die Organisationen der Arbeiterschaft zu vernichten, um den Arbeiter als hilfloses Einzelwesen schutzlos der kapitalistischen Ausbeutung auszuliefern.

Die politischen Verschiebungen der letzten Monate sind inhaltsschwer genug, um dem letzten Arbeiter, der bis jetzt noch nicht entdeckt hat, wo seine Interessen vertreten werden, die Augen zu öffnen. Nur wenige Wochen reaktionäre Regierung, gebildet aus Vertretern schwerindustrieller und großagrarischer Interessengruppen zeigen, wohin der Kurs geht. Die Junkerkherrschaft ist für den Arbeiter eine bittere Vorstufe der Segnungen des Dritten Reiches. Die Taten einer noch nicht offenen faschistischen Herrschaft sind schon erfüllt von einer ausgesprochenen Arbeiterfeindlichkeit. Wie mag erst die Politik, die eine kapitalistisch-reaktionäre Mehrheit unter Führung der arbeitgeberfeindlichen nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei für die arbeitende Klasse aussuchen? Wenn auch die Resultate der letzten Länderwahlen keine Aussicht auf eine solche

Mehrheit versprechen, darf in dieser Annahme kein Grund liegen, als Nichtwähler weiterhin in Gleichgültigkeit zu verharren.

Zur Beleuchtung, wie wichtig der Einfluß auf den demokratischen Staat auch für die Arbeiterschaft ist, seien einige Sätze aus der Rede Hilderfings auf dem Kieler Parteitag 1927 angeführt:

„Wir müssen in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der Wochenlohn ein politischer Lohn ist, daß es von der Stärke ihrer Organisationen abhängt, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestaltet. Namentlich den Arbeiterfrauen muß es gesagt werden: wenn ihr zur Wahl geht, entscheidet ihr gleichzeitig über Brot und Fleisch und über die Höhe des Lohnes.“

Diese beiden Sätze bringen zum Ausdruck, daß je nach dem Machteinfluß auf den Staat die Steuer- und Zollpolitik des Staates ihr Gepräge erhält. Eine Steuerpolitik der Arbeiterschaft wird andere Wege gehen als die Politik der besitzenden Klasse, die auf eine einseitige Belastung der großen Masse hinielt. Die kurze Herrschaft des Systems Papen, das mit der Notverordnungs- politik und dem Wohlfahrtsstaat aufräumen wollte, beweist den tiefen Sinn obigen Zitates. Mit der verpönten Notverordnung wurden die rigorosen Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft diktiert. Senkung der Unterstützungen in sämtlichen Zweigen der Sozialversicherung und öffentlichen Fürsorge einerseits, und zum anderen neue Belastungen durch unsoziale Massensteuern verschaffen der Regierung auf Kosten der Arbeiterschaft Mittel im Betrag von 1,5 Milliarden Mk. Während die breite Masse derart belastet wird, wird der Besitz entlastet durch Senkung der Aufbringungsumlage in Höhe von über 50 Millionen Mark. Pressenachrichten zur Folge soll die Politik der Massenbesteuerung fortgesetzt werden. Der Salzsteuer soll die Fett-, Schmalz- und Margarinesteuer folgen. Liegt eine solche Steuerpolitik nicht in der Richtung, den Lebensunterhalt der Armen noch weiter zu schmälern? Sind es etwa die Besitzenden, die Margarine essen? Die niedrigen Einkommen, die Millionen Arbeitslose, die Rentempfänger sind es, die durch solche Maßnahmen auf das schwerste betroffen werden. Zur allgemeinen Lohnsenkung und Unterstützungssenkung kommt eine weitere Schrumpfung des Lebensunterhaltes durch die Steuerpolitik einer reaktionären Regierung.

Dieser kurze Überblick illustriert den Sinn des politischen Lohnes. Es kann und darf dem Arbeiter nicht gleichgültig sein, welche Machtgruppe den Staat beherrscht. Die Steuerpolitik der besitzenden Klasse belastet rücksichtslos die besitzlose Klasse. Jede Steuer auf notwendige Nahrungsmittel trifft den Minderbemittelten weit mehr als den Bemittelten, zudem gerade solche Lebensmittel gewählt werden, die im Arbeiterhaushalt unvermeidlich sind. Nur wenn es gelingt durch die politische Macht der Arbeiterschaft dieses System zu beseitigen, ist der Weg offen, eine Steuerpolitik zu treiben, die mit solchen unsozialen Massenbelastungen Schluß macht.

Bei dieser scharfen Politik gegen die Arbeiterschaft spielt die Nationalsozialistische „Arbeiter“-Partei die Rolle eines verachtungswerten Handlangers. Das Kapital weiß, für was es seine Millionen opfert, mit denen diese Arbeiterpartei aufgezogen wurde. Man braucht nur daran zu erinnern mit welch schändlichen Mitteln die Nazipresse gegen die Regierung Brüning und deren Notverordnungen gehetzt hat. Und wo sind die Nazis nun geblieben. Trotz der schlimmsten Notverordnung, die je verkündet wurde, trotz der ungeheuren Belastungen für die unteren Schichten herrscht eisiges Schweigen im nationalsozialistischen Blätterwald. Daß diese Presse, der es an Schimpfworten sonst nie fehlt, keine Worte gegen die arbeitgeberfeindliche Stellung der jetzigen Regierung findet, zeigt treffend, daß das, was die Junkerregierung unternimmt, sehr mit den politischen Zielen der Nazis verwandt ist. Die Nazis wollen im Auftrage ihrer Geldgeber ihre „Arbeiterpolitik“ nach der Wahl in der von Papen begonnenen Richtung fortsetzen. Jedem Arbeiter, der bis jetzt dieser Partei Sympathien entgegengebracht hat, müssen nun Zweifel an der Aufrichtigkeit nationalsozialistischer Propaganda kommen. Die Stellung zur gegenwärtigen Regierung hat volle Klarheit über die Stellung der Nazis zum Arbeiter geschaffen. Die Interessen der Arbeiter sind bei den Nazis verraten und verkauft.

Die Fronten sind klar. Die kommenden Wahlen müssen den Entscheid bringen, ob die Reaktion ihren Kurs fortsetzen kann oder ob in der Arbeiterschaft die Macht aufsteht, die mit dieser Politik ein Ende macht. Alle Arbeiter, welche noch zu den Nichtwählern zählen, oder parlamentarisch aussichtslose Gruppen wählen, müssen sich bei dieser Wahl bewußt werden, daß gerade sie es sind, die entscheidend dazu beitragen können, dem Faschismus eine Niederlage zu verschaffen. Aufgerafft und sich über kleinliche Unzufriedenheiten hinweggesetzt, denn es geht um das Schicksal der gesamten Arbeiterschaft. Wählt am 31. Juli die Partei, die ernstlich bestrebt ist, dem Faschismus ein Bollwerk gegenüberzustellen, die Sozialdemokratie, Liste 1.

Die Arbeiter und die Macht der Vorstellung

Tatsachen werden erst dadurch Ursachen des politischen Handelns, daß die Vorstellung von ihnen in das Bewußtsein des politisch Handelnden eingegangen ist, und dabei ist es zunächst ganz belanglos, ob diese Vorstellungen den Tatsachen entsprechen oder nicht. Eine falsche Vorstellung kann zur Ursache ungeheurer folgenschwerer Ereignisse werden. Die Geschichte lehrt, daß bisher das Handeln der Menschen auf allen Gebieten von Vorstellungen geleitet war, die man später als falsch erkannte. Die Ärzte behandelten Lungenschwindsucht mit Affenfett, die Richter ließen Hexen verbrennen, die Landwirte versuchten durch Gebetopfer eine bessere Bewässerung ihrer Kulturen zu erzielen, das geschieht auch heute noch in den Balkan-Ländern. Der Vormarsch der Erkenntnis hat mit den falschen Vorstellungen, die einem so verkehrten Treiben zugrunde lagen, aufgeräumt, ohne uns die Gewißheit zu verschaffen, daß nunmehr jede ärztliche, juristische, landwirtschaftliche Tätigkeit vor irrümlicher Gesicht sei, vielmehr ist alle wissenschaftliche Forschung angehend darauf gerichtet, falsche Vorstellungen auszumergen und sie durch richtigere zu ersetzen. Ganz besonders tritt uns auf dem Gebiete der Weltgeschichte, die vom Schicksal der Staaten und Völker handelt, die Tatsache entgegen, daß falsche Vorstellungen mitbewegende Ursachen des politischen Handelns sind, ja man kann beinahe sagen, daß es keine größere Macht in der menschlichen Geschichte gibt als den menschlichen Irrtum.

Die falsche Vorstellung ist auf keinem Gebiete mehr zu Hause und besser geborgen, als auf dem der Politik und zwar aus doppelter Ursache. Einmal lassen sich die meisten Vorstellungen, die für das politische Handeln maßgebend sind, aus unmittelbarer Anschauung überhaupt nicht gewinnen. Ein Arzt, der einen Verunglückten ein zerschmettertes Bein abnimmt, bewegt sich in einem weit sicheren Vorstellungskreis als ein Diplomat, der mit der Schweiz einen Handelsvertrag schließt. Ein Bein ist ein Bein — aber was ist die Schweiz? Es ist sicher viel leichter sich eine Vorstellung von einem menschlichen Bein zu machen als von der Schweiz, deren Verhältnisse kein einziger einzelner Mensch mit seinen Augen überblicken und mit seinen Fingern betasten, sondern nur mit Hilfe von Karten, Büchern, Tabellen, Berichten etc. begreifen kann, wobei er, fast überall auf fremde Wahrnehmungen angewiesen, Gefahr läuft, fremde Irrtümer in sein Bewußtsein zu übertragen.

Um wieviel Scheffel Weizen er im letzten Jahr mehr oder weniger geerntet hat als im Vorjahr, kann sich der Bauer leicht überschlagen; aber von dem Umfang eines wirtschaftlichen Aufschwunges oder einer Krise kann sich der Wirtschaftspolitiker nur sehr schwer ein annähernd richtiges Bild machen. Wenn in einer Stadt dreihundert Arbeitslose die Bäckerläden stürmen, so wird die Vorstellung von dem dort herrschenden Elend ins Ungeheure wachsen, von einer anderen Stadt wird der Bürgermeister glaubhaft versichern dürfen, daß sie sich des ausgezeichneten Wohlstandes erfreue, wenn dreitausend auf die Straße geworfene Proletarier wohlgezogen genug sind, in aller Stille zu verhungern.

Damit kommen wir auch schon zur zweiten Ursache, welche die Politik zum gefährlichsten Schlupfwinkel menschlicher Irrtümer macht. Nicht nur ist hier Erkenntnis schwieriger als sonst irgendwo, sondern auch die Gefahr, daß der Wille in das ihm verschlossene Gebiet des Erkennens gewaltsam eindringt oder sich verkleidet einschleicht, ist nirgends so groß wie hier.

Es kann vorkommen, daß ein Erfinder die bessere Erfindung nicht anzuerkennen vermag, weil durch sie sein Ruhm und sein Werk zerstört wird; es kann vorkommen, daß ein Arzt, der seinen Patienten infolge einer falschen Diagnose falsch behandelt hat, sich jeder besseren Einsicht selber verschließt, weil er nicht den Mut hat, sich die Wahrheit einzugestehen; es kann natürlich auch vorkommen, daß ein Schwindler über medizinische oder technische Angelegenheiten absichtlich falsche Vorstellungen verbreitet, um daraus klingenden Gewinn zu ziehen. Das alles sind aber geringe Abweichungen von der Norm; im allgemeinen hat die Erkenntnis keine Schwierigkeiten zu überwinden, die ihr etwa von einem Willen bereitet werden könnten, der an der Erhaltung falscher Vorstellungen interessiert ist.

Was auf anderen Gebieten Normwidrigkeit, ja sogar Verbrechen bedeutet, ist auf dem Gebiete der Politik infolge ihrer besonderen Eigenart zur Regel geworden.

Die sittliche Entartung der höheren Stände verhüllt man vorsorglich vor den Augen des „Pöbels“. Auch die erbärmlichste Regierung bemüht sich statistisch zu beweisen, wie sehr ihre Politik dem Wohl des Vaterlandes gedient habe, und sie befindet sich wahrscheinlich dabei sogar noch im besten Glauben, denn kein Mensch denkt gerne von sich und von seinen Taten gering. Der Unternehmer macht sich von sich selber die Vorstellung, daß er ein Wohltäter der Menschheit sei, während ihm seine streikenden Arbeiter als das undankbarste Volk der Erde erscheinen. Es be-

steht kein Grund, an der Aufrichtigkeit seiner Überzeugung zu zweifeln. Umgekehrt wird der Unternehmer den Arbeitern mitunter als ein sittliches Ungeheuer erscheinen, während er bloß ein beschränkter, ängstlich um sein Geschäft und seine Familie besorgter Mensch ist. Es hat keinen Zweck, die Beispiele zu vermehren, denn wo immer auf politischem Erdreich die dünne Kruste der Überzeugung durchbricht, stoßen wir auf Quellen des Irrtums; immer finden wir von zwei Teilen — anstatt daß beide gemeinsam die Wahrheit wollten — einen, der etwas wahr haben will, und einen anderen, der will, daß jener etwas für wahr halten möchte. Daher kommt es, daß auf keinem Gebiete falsche Vorstellungen so oft als treibende Ursachen des menschlichen Handelns auftreten, wie auf dem der Politik.

Nichts wäre darum irrtümlicher, als wenn wir selber uns das politische Getriebe so vorstellen wollten, als ob da jeder Mensch oder jede Partei, Regierung, Kaste oder Klasse mit unfehlbarer Sicherheit in der Richtung ihres eigenen Interesses wirken würden. Dazu unterliegen sie zu oft der Neigung, die ihnen bequemste Vorstellung für die richtige zu halten oder der Gefahr, eine von entgegengesetzten Willensrichtungen gehobene falsche Vorstellung unkritisch zu übernehmen.

Wollen wir als Politiker Erfolge erzielen, so werden wir immer darauf bedacht sein müssen, nachzuprüfen, ob die Vorstellungen, die den Antrieb unseres politischen Handelns bilden, auch wirklich den Tatsachen entsprechen.

So wenig wie uns selber werden wir auch unsere Gegner für unfehlbar halten dürfen; wollten wir uns von der Voraussetzung leiten lassen, daß unsere Gegner stets dasjenige tun werden, was uns ihren Interessen entsprechend das Richtige und Vernünftige zu sein scheint, so würden wir nur zu oft die Erfahrung machen, daß unsere Rechnung falsch war.

Aus der Tatsache, daß uns alle Geschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen erscheint, dürfen wir keineswegs den voreiligen Schluß ziehen, daß nun auch jede herrschende Klasse ihr Klasseninteresse mit unfehlbarer Sicherheit vertrete.

Der Prozeß, durch den sich ein Klasseninteresse zu einer politischen Bestrebung verwandelt, vollzieht sich nicht in gradliniger Einfachheit, sondern er ist zahlreichen Schwankungen und Abirrungen ausgesetzt.

Überhaupt ist ja alles Tun in seinen Anfängen bloßes Tasten, und erst mit der zunehmenden Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge gewinnt es allmählich größere Sicherheit.

Ein Beitrag zu unserer Jugendarbeit

Die Gauleitung des Gaues Leipzig führte in der Zeit vom 5. bis 25. Juni 1932 in den Gaumitgliederversammlungen durch, die den Zweck verfolgten, die Jugendlichen im Verband zu erfassen. Anlaß hierzu bot der Erkenntnis, daß noch nie die Durchdringung der jungen Generation mit gewerkschaftlichen Fragen so notwendig war wie gerade gegenwärtig. In immer stärkerem Maße ist die Jugend durch die Entwicklung in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Bewegungen gerückt worden. Für die Politisierung der Jugend gibt es bald nach unten zu keine Altersgrenze mehr. Wir wollen darüber nicht klagen, aber übersehen dürfen wir nicht, daß die psychische Bereitschaft der Jugend für radikale Lösungen in Scharen die Jugendlichen den extremen Parteien rechts wie links in die Arme trieb.

Es ist keine leichte Arbeit, die dem Jugendpsychologen gestellt ist, diese Radikalkomplexe der Jugend wieder abzubauen. Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen zu glauben, daß an dieser Entwicklung nur die psychische Bereitschaft der Jugend und die Zeitumstände Schuld tragen. Mit-schuld tragen ebensogut die Kreise, die es verpaßt haben, die Jugend organisatorisch zu erfassen und zu aktivieren.

Für uns als Gewerkschaften gewinnt die Jugendarbeit nach zwei Seiten hin besondere Bedeutung. Sie ist einmal fürsorglicher und zum anderen erzieherischer Art. Der Jugendfürsorge ist ein weiterer Raum gegeben, der sich weit über unsere organisatorischen Grenzen hinaus erstreckt. Wir haben auf fürsorglichem Gebiete getan was in unseren Kräften stand. Vieles hat seinen gesetzlichen Niederschlag gefunden und wird von der Jugend als selbstverständlich betrachtet und nicht als Ergebnis langwieriger Kämpfe gewertet. Vielleicht, daß man der Jugend den Wert dessen was bereits errungen wurde dadurch sinnfällig vor Augen führt, daß man sie teilnehmen läßt an den Kämpfen um die Forderungen, die ihrer Verwirklichung noch entgegenstehen. Die Jugend braucht nicht nur Objekt unserer Fürsorge zu sein, sie kann auch zum Subjekt werden und je stärker sie es wird, um so bedeutsamer sind die Rückwirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung allgemein.

Besondere Aufmerksamkeit ist der erzieherischen Arbeit, die die Gewerkschaft an der Jugend zu leisten hat, zu widmen. Diese kann am nachhaltigsten in besonderen gewerkschaftlichen Jugendgruppen geschehen. In ihnen sind die Ju-

gendlichen zu guten Gewerkschaftlern zu erziehen. Der junge Mensch muß von früh auf zu solidarischem Handeln erzogen werden. Neben beruflichen sind ihm vor allem wirtschaftspolitische Erkenntnisse zu vermitteln. Der Jugend ist ihre historische Mission, den Umbau der Gesellschaft weiterzutreiben und zu vollenden, bewußt zu machen. Erfüllen wir als Gewerkschaften diese erzieherischen Aufgaben an der Jugend, so schaffen wir uns zugleich einen geeigneten Nachwuchs für unseren Funktionärkörper.

Vielleicht, daß wir in Erfüllung dieser Aufgaben den althergebrachten Rahmen sprengen und nach neuen Formen in der Jugendarbeit suchen müssen. Zunächst müssen die Lehrlinge erfaßt werden. Aber damit darf unsere Arbeit an der Jugend nicht erschöpft sein. Sie gewinnt erst ihre besondere Bedeutung in dem Augenblick, ist nach beendeter Lehrzeit der Junggehilfe im Verbandsleben in Erscheinung treten sollte. Ist schon im allgemeinen immer die Beobachtung zu machen, daß die ganz jungen Gehilfen wenig an den Geschicken des Verbandes teilnehmen, so gilt das im besonderen für die Gegenwart, in der ein großer Teil der Junggehilfen erwerbslos ist und so vollkommen der gewerkschaftlichen Beeinflussung entzogen bleibt. Die Erfassung gerade dieser Jugendlichen sollten wir uns besonders angelegen sein lassen. Dabei wird die Art der Erfassung immer von örtlichen Verhältnissen aus be-

KRIEG

Ein Schuß,
gellender Schrei,
Erstickt von eiternden Gasen!
Verletzte Adern zischen rot.
Soldatenruhm!
Soldatentod!
Mann für Mann stirbt tierhaft.
Im Blut, das die Erde ausspeit
Schlüpfen die Maden!

Alexander Merly

stimmt werden. Es ist jedoch denkbar, daß überall die Erscheinung der Arbeitslosigkeit den Anlaß zur Erfassung bieten kann. Dem jungen Menschen ist Gelegenheit zu geben, auch während seiner Erwerbslosigkeit sich beruflich fortzubilden. Jedoch darf sich darin unsere Tätigkeit nicht erschöpfen. Wir haben ihm in geeigneter Form die gesellschaftlichen Ursachen seines Erwerbslosenschicksals bloßzulegen.

Dem Versuch, die erwerbslosen Junggehilfen zu den Lehrlingsveranstaltungen hinzuzuziehen, widersetzen sich die Junggehilfen nicht selten, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß sie zwischen sich und den Lehrlingen einen Unterschied machen. Sie sind eben noch viel zu tief in kleinbürgerlichen Gedankengängen verstrickt, nach denen im Arbeitsverhältnis eine feste Rangordnung vorhanden ist, deren Einhaltung von ihnen geflissentlich beobachtet wird. Wo diese Widerstände anzutreffen sind und wo auch sonst nicht die Junggehilfen im Verbandsleben in Erscheinung treten, da sind für diese von Zeit zu Zeit besondere Veranstaltungen zu treffen, mit dem Ziel, das jüngere Element aktiv in das Gewerkschaftsleben einzugliedern. Einen Anstoß hierzu sollten unsere Versammlungen bieten, die wir in der genannten Zeit im Gau abhielten. In diesen Versammlungen zeigten wir den Jugendlichen die besondere Stellung der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben auf und fragten nach Zweck und Ziel gewerkschaftlicher Arbeit. Die gegenwärtige Krise, die auch über Tausende unserer Berufsangehörigen unsägliche Not heraufbeschworen hat, untersuchten wir auf ihre Quellen und Erscheinungsformen. Die Möglichkeiten der Konjunkturumschaltung wurden erwohnen und die Rolle der Gewerkschaften hierbei besonders betont. Die politische Lösung der Krise durch den Kapitalismus mit Hilfe des Faschismus wurde von uns verworfen. Wir zeigten, daß die Überwindung der Krise überhaupt nur mit sozialistischen Mitteln geschehen könne.

Die Versammlungen fanden durchgängig eine gute Aufnahme. Allerdings ließ der Besuch in zahlreichen Fällen zu wünschen übrig. An manchen Orten waren die älteren Kollegen in größerer Zahl erschienen als die jüngeren, denen die Versammlung galt. Hier, war es dann besonders schwierig die Versammlung so zu gestalten, daß alle Beteiligten etwas profitierten. Die beifällige

Aufnahme unserer Ausführungen gerade von den Älteren zeigte uns, daß ganz allgemein in den kleineren Orten das Bedürfnis wirtschaftspolitische Kenntnisse zu gewinnen besteht. Überall wurde betont, daß bereits viel früher diese Arbeit unter den Jugendlichen hätte einsetzen müssen. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß von Zeit zu Zeit ähnliche Veranstaltungen getroffen werden würden. Die Notwendigkeit zugegeben, muß doch betont werden, daß diese Veranstaltungen auf die Dauer nur dann wirksam sind, wenn sie in der geeigneten Form von den Mitgliedern unterstützt, vorbereitet und weitergeführt werden. Dazu ist vor allen Dingen notwendig, daß sich die Ortsverwaltungen um die Gewinnung der Jugend bemühen. Das muß in einer Form geschehen, aus der der junge Mensch ersieht, daß man sich auch wirklich persönlich um ihn bemüht, und daß man ihn als Persönlichkeit wertet. Die Jugend hat ein besonders ausgeprägtes Geltungsbedürfnis, das man nicht ungestraft unbeachtet lassen kann. Aber gerade dieses Geltungsbedürfnis der Jugend kommt uns bei unserer Jugendarbeit sehr zu statten. Geben wir dem Jugendlichen die Möglichkeit der Selbstbestimmung und der Selbstverwaltung, so geben wir ihm einen Raum für sein Geltungsbedürfnis. Der Jugendführer wird dadurch nicht überflüssig. Jugend verlangt geradezu nach einem Führer. Von der Wahl des Führers hängt es immer ab, ob die Jugendarbeit Erfolg haben wird oder nicht. Vielleicht schenkt uns die Selbstverwaltung der Jugend erst eine Reihe Jugendführer wie sie die Jugend verlangt. Das Führerproblem ist das wichtigste Problem überhaupt. Seine Lösung bedeutet zugleich die Lösung all der anderen Fragen in der Jugendarbeit.

Die Notwendigkeit der Jugendarbeit gerade in der Gegenwart wurde von den Ortsverwaltungen bejaht. Verschiedenerorts sind auch schon Versuche die Jugend zu erfassen gemacht worden. Aber zumeist sind viele Orte über die ersten Versuche nicht hinausgekommen. Oft stellten sich die erhofften Erfolge nicht sofort ein, was Veranlassung gab, die Jugendarbeit als aussichtslos zu betrachten. Unterstützt wurde diese Meinung nicht selten durch die Tatsache, daß die Jugend selbst den Veranstaltungen fernblieb. Natürlich suchte man nach Gründen für dieses Verhalten. Einmal sollte die Überorganisation der Jugend, zum anderen wieder der Sport hemmend auf die gewerkschaftliche Jugendarbeit wirken. An anderen Orten waren es wieder andere Erscheinungen, denen man Schuld für das Versagen örtlicher Jugendarbeit gab. Erschwert wird die Jugendarbeit an kleinen Orten durch die Tatsache, daß zu wenig Jugendliche zur Verfügung stehen. Trotzdem haben wir auch an diesen Orten der gewerkschaftlichen Jugendarbeit unsere ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es darf uns nicht gleichgültig sein wohin sich unsere Jugend wendet. Wenn unsere Mittel zu gering sind, dann müssen wir eben die Arbeit in Gemeinschaft mit anderen Organisationen, etwa den Buchdruckern, leisten.

Die Jugendarbeit ist die wichtigste Arbeit, sie ist Arbeit für die Zukunft. Wollen wir das Werk, das wir so hoffnungsvoll begonnen haben, der Vollendung entgegenführen, so müssen wir an der Jugend gewerkschaftliche Erziehungsarbeit leisten.
Arthur Büchner (Leipzig).

Dem Verdienst die Krone

Der Mann muß sterben, das Banner wird stehn!

Die Mitgliedschaft Köln trug zwei um die Organisation sehr verdiente Kollegen zu Grabe:

August Dietrich, 60 Jahre alt,
geboren in Braunschweig,

war lange Jahre Vorsitzender und wirkte volle zehn Jahre im Gauvorstand mit, bis Krankheit ihn zwang, auch auf diese Mitarbeit zu verzichten.

Hermann Fleischer, 73 Jahre alt,
geboren in Königsberg,

war Mitgründer der Mitgliedschaft und ein allzeit rühriger und stiller Fechter für die Interessen des Verbandes.

Ehre ihrem Andenken!

Steindruckereibesitzer verstößt gegen die Devisenordnung

Unter dieser Schlagzeile brachten wir in Nr. 18 der „Gr. Pr.“ vom 6. Mai 1932 einen Presseauszug von einer Gerichtsverhandlung gegen den Fabrikbesitzer Diemert, Inhaber der Anstalten Wiedemann und Stange & Koch, Saalfeld, die mit einer Verurteilung zu 2 Wochen Gefängnis und 1500 Mk. Geldstrafe endete. Berufung gegen das Urteil wurde vom Beklagten eingelegt.

Die Berufsungsverhandlung wurde inzwischen durchgeführt. Die Strafkammer kam zu der Überzeugung, daß der Beschuldigte nur fahrlässig, nicht in voller Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, nicht aus Eigennutz und auch nicht heimlich, sondern nur im Interesse der von ihm vertretenen Firma gehandelt habe. Das angefochtene Urteil blieb daher nicht bestehen; es wurde auf 300 Mk. Geldstrafe erkannt.

